

Niederschrift

über die 26. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Donnerstag, dem **11.12.2014**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 25 vom 20.11.2014**
- 4. Erlass einer 2. Nachtragshaushaltssatzung 2014
Vorlage: 250/2014**
- 5. Vorstellung 1. Entwurf des Haushaltsplanes 2015**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz als Ausschussvorsitzender
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Oliver Kohls
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Beigeordneter Alexander von Fintel Vertretung für Herrn Ratsherr Christian Fiedler

Zuhörer/in

Beigeordneter Matthias Lührs

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Beutz, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 25 vom 20.11.2014**

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. **Erlass einer 2. Nachtragshaushaltssatzung 2014**
Vorlage: 250/2014

Von der Verwaltung wurden die Änderungen erläutert, durch die der Erlass einer 2. Nachtragshaushaltssatzung erforderlich geworden ist.

Die im Haushaltsjahr 2014 veranschlagten Zuschussbeträge für die Investitionsmaßnahme „Bahnüberführung Deichstraße“ vom Bund in Höhe von 1.545.000 € sowie von der Deutschen Bahn in Höhe von 1.545.000 € werden erst im Jahr 2016 kassenwirksam.

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich nach der rechtlichen Begründung für die spätere Auszahlung.

Die Verwaltung verwies auf entsprechende Bestimmungen in Richtlinien, wonach diese Zuschüsse nach entsprechendem Baufortschritt erst dann ausgezahlt werden, wenn nachgewiesen ist, dass der entsprechende tatsächliche eigene Finanzierungsanteil überschritten ist. Diese Bestimmung ist höherwertig anzusehen als die bisherige Vereinbarung über die Auszahlung der Zuschüsse.

Es wurde nachgefragt, wie hoch der Zinsaufwand für die entsprechende Finanzierung sei.

Dazu erklärte die Verwaltung, dass der Aufwand durch die spätere Zahlung der Zuschüsse bei ca. 60.000 € liegen könnte, wenn man diesen Betrag zusätzlich voll finanzieren würde.

Die vom Land Niedersachsen für das Jahr 2014 zugesagten Zuschussmittel fallen mit 1.100.000 € hingegen um 500.000 € höher aus als bisher veranschlagt.

Dieser Betrag wird noch in diesem Jahr kassenwirksam, so dass die Einnahmen sich bis jetzt ungefähr mit den Ausgaben in Höhe von 1.200.000 € decken.

Durch die vorgenannten Änderungen ist eine Anhebung des Kreditrahmens um 2.590.000 € auf somit 4.342.400 € erforderlich. Die Verschuldung der Gemeinde Sande erreicht dann einen Endbestand im Jahr 2014 von 11.175.991 €.

Der Bürgermeister ermahnte dazu, den Sparzwang weiter aufzubauen.

Beschlussvorschlag:

Aufgrund der §§ 58 und 115 NKomVG beschließt der Rat die 2. Nachtragshaushaltssatzung sowie den 2. Nachtragshaushaltsplan 2014

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. **Vorstellung 1. Entwurf des Haushaltsplanes 2015**

Anhand einer Power-Point-Präsentation (als Anlage beigefügt) wurde der

1. Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2015 vorgestellt.

Durch die veranschlagten Erträge und Aufwendungen ergibt sich im Ergebnishaushalt ein Defizit von 1.082.800 €.

Das vorläufige Ergebnis des Jahres 2013 weist einen Überschuss in Höhe von ca. 1,08 Mio Euro aus, wohingegen sich im Ergebnis 2014 wieder ein Defizit ergeben wird.

Aufgrund der im Haushalt enthaltenen Haushaltssicherungsmaßnahmen kann im Jahr 2018 erstmals wieder ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt und das bis dahin kumulierte Defizit langsam abgebaut werden, was aber voraussichtlich dann noch viele Jahre in Anspruch nehmen wird.

Die Realsteuerhebesätze bleiben im Jahr 2015 unverändert.

Während die Gemeindeanteile an der Einkommen- sowie an der Umsatzsteuer steigen, sind bei den Schlüsselzuweisungen deutliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Während im Vorjahr noch 2.225.300 € veranschlagt werden konnten, sind für 2015 nur 1.300.000 € Ertrag aus Schlüsselzuweisungen einzuplanen. Die Kreisumlage schlägt mit 3.910.000 € zu Buche.

Bedingt durch einen Kostenanstieg bei der Firma ALBA steigen die Straßenreinigungsgebühren zum 01.01.2015 von 0,99 € auf 1,17 € je zu reinigenden Frontmeter. Die Abwasserbeseitigungsgebühren bleiben unverändert bei 2,22 € je cbm.

Der Personalaufwand beträgt 4.788.500 €, dabei wurde eine Tarifentwicklung von 2,5 % berücksichtigt. Der Plan enthält einen Betrag von zusätzlich 15.000 € für eine Organisationsuntersuchung.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2015 Liquiditätskredite in Anspruch genommen werden können, kann auf 3.500.000 € angepasst werden. Der derzeitige Höchstbetrag liegt bei 4.500.000 €.

Der Finanzhaushalt enthält 2015 Auszahlungen für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 6.914.400 €. Die einzelnen Maßnahmen sind dem Investitionsprogramm zu entnehmen.

Die Finanzierung erfolgt mit 1.524.000 € durch Zuschüsse, mit 75.000 € durch Beiträge und mit 5.169.800 € über Kredite. Durch die geplante Kreditaufnahme steigt die Pro-Kopf-Verschuldung zum Ende des Jahres 2015 voraussichtlich auf 1.794 €.

Rücklagen können nicht gebildet werden.

Der Stellenplan wird nachgereicht.

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass die finanzielle Lage der Gemeinde Sande besorgniserregend ist. Der Ergebnishaushalt ist dringend durch Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen zu verbessern und zu stabilisieren.

Ziel sollte unter Anderem der Substanzerhalt für künftige Generationen sowie die Erhaltung bzw. die Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit sein.

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich nach der Höhe der im Haushalt veranschlagten Aufwendungen und Erträge für freiwillige Leistungen. Eine entsprechende Aufstellung wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Seitens der Verwaltung wurden die Konsolidierungsvorschläge erläutert, die im Einzelnen der Liste zu entnehmen sind, die dem Haushaltsentwurf beigefügt ist. Die Ansätze im Bereich Jugendarbeit/Freizeitpass werden nicht wie angegeben um 8.000 €, sondern um 2.000 € auf 6.000 € gekürzt. Die Ansätze für die Schwimmkurse werden gestrichen. Ein Ausschussmitglied erkundigte sich, ob die Schwimmkurse in der Vergangenheit angenommen wurden. Die Verwaltung erläuterte, dass die angebotenen Kurse ausgebucht waren. Allerdings sei es immer schwierig gewesen, entsprechende Zeiten in den Schwimmbädern zur Verfügung gestellt zu bekommen, zu denen die Kurse von den Teilnehmern mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind.

Ein Ausschussmitglied hinterfragte, ob die geplante Einsparung von 5.000 € im Bereich Feuerwehrwesen mit der Feuerwehr besprochen wurde. Dies wurde von der Verwaltung bejaht.

Dem Haushaltsentwurf ist eine Liste mit Änderungen beigefügt, die noch vorgenommen werden müssen.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf wird zunächst in den Fraktionen beraten.

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Ein Ausschussmitglied verwies auf den Ansatz für die Erschließung des Industriegebietes im Investitionsprogramm und fragte, ob bei Bedarf noch weitere Grundstücke zum Verkauf zur Verfügung stehen würden. Daraufhin erklärte die Verwaltung, dass im Moment im Industriegebiet ein Grundstück und ein ca. 10.000 qm großes Gewerbegrundstück im Bereich Twister zur Verfügung stehen. Bei entsprechendem Bedarf stünde noch die Fläche zwischen der Berliner Straße und der L 815 als Mischgebiet zur Verfügung.

Es kam die Anregung, ob trotz der Haushaltssituation eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes denkbar sei, um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben voran zu treiben.

Dies wurde von der Verwaltung aufgrund der jetzigen Ertragslage als schwierig angesehen.

Danach wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 18:35 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin